



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 120-2025
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2025.GRPARL.312

Eingereicht am: 02.06.2025

Fraktionsvorstoss: Nein
Vorstoss Ratsorgan: Nein
Eingereicht von: Ochsenbein (Bévilard, SVP) (Sprecher/in)
Zbinden (Mittelhäusern, SVP)
Graber (La Neuveville, SVP)
Tobler (Moutier, SVP)
Klopfenstein (Corgémont, SVP)
Fiechter (Oberwil im Simmental, SVP)
Jeanneret (St-Imier, FDP)
Heyer (Perrefitte, FDP)
Gerber (Reconvilier, EVP)
Kullmann (Hünibach, EDU)
Bühler (Romont BE, Die Mitte)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: vom
Direktion: Finanzdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat: **Auswahl**

Für die Wahrung der Lebensmittelfreiheit und die Unterstützung der Schweizer Landwirtschaft

Der Regierungsrat wird beauftragt,

1. zu gewährleisten, dass keine öffentliche Einrichtung unter kantonaler Zuständigkeit (Hochschulen, Spitäler, Alters- und Pflegeheime, Verwaltungen usw.) einen ausschliesslich veganen Speiseplan vorschreiben oder Fleisch und tierische Produkte generell verbieten kann. Eine ausgewogene Auswahl auch an Fleischgerichten, die vorrangig aus Schweizer Betrieben stammen, die den Tierschutznormen entsprechen, muss beibehalten werden;
2. wenn nötig, gesetzliche Anpassungen vorzunehmen, um die Wahlfreiheit bei Lebensmitteln dauerhaft zu schützen und eine direkte oder indirekte Diskriminierung von tierischen Produkten zu verhindern.

Begründung:

Seitdem sich der Studierendenrat (Studierendenparlament) der Universität Bern im April 2025 mehrheitlich für eine ausschliesslich vegane Ernährung in ihren Mensen ausgesprochen hat –

eine Initiative, die inzwischen von der Vereinigung «Tier im Fokus» (TIF) an die Stadt Bern weitergeleitet wurde – zeichnet sich im öffentlichen Raum des Kantons ein ideologischer Wille ab, Fleisch (und im weiteren Sinne tierische Produkte) schlichtweg aus den von der Allgemeinheit finanzierten Institutionen zu verbannen. Diese Entwicklung schränkt nicht nur die Wahlfreiheit der Bürgerinnen und Bürger ein, sondern bedroht auch direkt das wirtschaftliche, soziale und ökologische Gleichgewicht der Schweizer Landwirtschaft, die bereits unter wachsendem Druck steht.

Verteiler

– Grosser Rat